



Was passiert diese Woche in Brüssel?

Highlights von 18 bis 22. Februar



Heute in den frühen Morgenstunden hat die venezolanische Regierung fünf EVP-Europaabgeordneten die Einreise verweigert, die vom venezolanischen Parlament eingeladen worden waren. **Dies zeigt noch einmal, welch Geistes Kind der kommunistische venezolanischer Machthaber Nicolás Maduro ist.** Offenbar hat das Maduro-Regime Angst vor dem, was ausländische Beobachter sehen könnten. Unseren Abgeordnetenkollegen wurden am Flughafen in Venezuela die Pässe weggenommen. Das Europaparlament hatte Ende Jänner den venezolanischen Parlamentspräsidenten Juan Guaidó als Übergangspräsidenten anerkannt.

Diese Woche tagen die Ausschüsse des Europäischen Parlaments, die die Entscheidungen vorbereiten. Außerdem treffen sich die Wirtschafts-, die Außen- und die Europaminister diese Woche in Brüssel.

Das sind die wichtigsten Themen der Woche:

- Die Europaminister der Mitgliedstaaten diskutieren das **zukünftige EU-Budget** sowie die **Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn** (Dienstag).
- Der Innenausschuss des EU-Parlaments stimmt über die Schlussfolgerungen seiner Arbeitsgruppe zur **Rechtsstaatlichkeit in Malta und in der Slowakei** ab. Die Arbeitsgruppe war nach den Mordanschlägen auf die Journalisten Daphne Caruana Galizia und Ján Kuciak eingesetzt worden (Dienstag).
- Der Handelsausschuss des EU-Parlaments stimmt über die Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein **EU-Handelsabkommen mit den USA** ab (Dienstag).
- Der Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments stimmt über die Einrichtung

Folgen Sie uns!



Neueste Pressemitteilungen
14.02.2019 - 09:27

Paul Rübiger wird EVP-Industrie- und Telekommunikationssprecher

Rübiger und CDU-Kollege Ehler sprechen für Europäische Volkspartei im EU-Ausschuss für Industrie, Telekom, Forschung und Energie. Straßburg, 14. Februar 2019 (ÖVP-PD)...

ÖVP-Schmidt: "Machen Mautsysteme in Europa kompatibel"

330 Millionen Euro weniger Kosten für Kraftfahrer. Vorsicht beim Datenschutz und bei City-Mauten. Straßburg, 14. Februar 2019 (ÖVP-PD) "Lkw können künftig mit einem..."

Karas: "1.000 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren"

Gesetzesinitiativen "scheitern an Uneinigkeit und Blockaden unter den EU-Mitgliedstaaten." Straßburg, 13. Februar 2019 (ÖVP-PD) "Wer ökosoziale Marktwirtschaft will..."

ÖVP-Schmidt: "Wer EU-Mittel will, muss EU-Regeln befolgen"

Einhaltung wirtschaftspolitischer Empfehlungen und Rechtsstaatlichkeit als Bedingungen für EU-Regionalförderungen. Straßburg, 13. Februar 2019 (ÖVP-PD) "Regionalfö..."



- einer neuen **Europäischen Arbeitsmarktbehörde** ab (Dienstag).
- Der Innenausschuss des EU-Parlaments stimmt über neue Finanzierungsregeln für den **EU-Asyl- und Migrationsfonds** ab 2021 ab (Dienstag).
 - Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments stimmt über die Einrichtung eines **Europäischen Währungsfonds** ab (Mittwoch).
 - Der Kulturausschuss des EU-Parlaments stimmt über neue Regeln für die **Erasmus-Programme** ab 2021 ab (Mittwoch).
 - Der außenpolitische Ausschuss des EU-Parlaments stimmt Bericht über die **Entwicklung der Türkei** im Jahr 2018 ab (Mittwoch).

Nähere Informationen zu einzelnen Themen finden Sie unten.

Wir wünschen Ihnen eine gute Woche.

Ihr Othmar Karas

Europäischen Währungsfonds aufbauen



Am Mittwoch stimmen der Budgetausschuss sowie der Wirtschafts- und Währungsausschuss über die Position des Europäischen Parlaments zum Aufbau eines Europäischen Währungsfonds (EWF) ab. "Der Eurorettungsschirm ESM muss zu einem Europäischen Währungsfonds auf dem Boden des Gemeinschaftsrechts weiterentwickelt werden", sagt der Europaabgeordnete Othmar Karas. "Der EWF könnte als eine Art Frühwarnsystem für potenzielle Krisenländer betrieben werden. Er soll weiterhin Stabilitätshilfen für Mitgliedstaaten in Notlagen gewähren. Und er soll als ultima ratio die gemeinsame Letztsicherung für den Abwicklungsfonds der Bankenunion übernehmen."

Othmar KARAS

BRU: +32 (0)2 2845627 - STR: +33 (0)3 88 175627

Twitter: [@othmar_karas](https://twitter.com/othmar_karas)

Daniel Köster, Tel: +32 487 384 784

Neue Verhandlungen mit den USA



Am Dienstag stimmt der Handelsausschuss über die Position des Europaparlaments zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein EU-Handelsabkommen mit den USA ab. "Wir begrüßen den neuen Anlauf für die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen, weil wir Verhandlungen und Verträge mit den USA einem Wirtschaftskrieg vorziehen", sagt der ÖVP-Europaabgeordnete und EU-Handelspolitiker Paul Rübig. "Mehr fairer Handel schafft neue Jobs in Europa und erhöht die Kaufkraft der Menschen in

Europa doppelt: Mehr Exporte steigern das Einkommen der Europäer, mehr Importe senken die Preise der Waren."

Paul RÜBIG

BRU: +32 (0)2 2845749 - STR: +33 (0)3 88 175749

Twitter: [@paulruebig](#)

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

Kritik an neuer EU-Arbeitsmarktbehörde



Am Dienstag stimmt der Beschäftigungsausschuss des Europaparlaments über die Einrichtung einer neuen Europäischen Arbeitsmarktbehörde ab. Der Europaabgeordnete Heinz K. Becker, Sozialsprecher der Volkspartei im Europaparlament, sagt dazu: „Das Ziel der Stärkung der Arbeitsmärkte ist legitim. Doch der Aufbau einer neuen EU-Behörde für den Arbeitsmarkt ist völlig überschießend. Wir haben mit EURES bereits eine erfolgreiche Plattform aller Arbeitsmarktverwaltungen. Jetzt jedes Jahr dutzende Millionen Euro an Steuergeld in eine neue EU-Behörde zu stecken, ist wahrlich nicht der Weisheit letzter Schluss. Besser wäre es gewesen, den Arbeitnehmern mit diesen Mitteln direkt zu helfen, unter Nutzung bestehender Strukturen.“

Heinz K. BECKER

BRU: +32 (0)2 2845288 - STR: +33 (0)3 88 175288

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie Inhalte der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament abonniert haben.

Wenn Sie die Art der Newsletter, die Sie erhalten, ändern möchten: [Einstellungen ändern](#). Wenn Sie keine unserer Newsletter mehr erhalten möchten: [Alles abbestellen](#). ([Datenschutz](#))

Für allgemeine Anfragen wenden Sie sich bitte an eppgroup@ep.europa.eu.